

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Sondernewsletter 1 zu den SPD-Praxistagen und zum 100. Internationalen Frauentag 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Internationale Frauentag feiert am 08. März seinen 100. Geburtstag und wir alle mit. Dieser Weltfrauentag wurde initiiert von Clara Zetkin, einer der bekanntesten Kämpferinnen der Arbeiterbewegung und Aktivistin für Frauenrechte. Damals gingen Millionen Frauen auf die Straßen, um für etwas heute Selbstverständliches zu kämpfen: das Frauenwahlrecht. Die SPD setzte dieses durch, Marie Juchacz wurde die erste Parlamentsrednerin.

Junge Frauen können heute vieles selbstverständlich leben, was ihren Müttern und Großmüttern noch verwehrt war. Trotz allem Erreichten stehen Frauen aber auch heute noch vor alten und neuen gesellschaftlichen Bedingungen, die ein Weiterkämpfen nötig machen:

- im Niedriglohnsektor sind zu 70 Prozent Frauen tätig. Frauen arbeiten häufig in Minijobs, was eine eigenständige Existenzsicherung unmöglich macht und zu Altersarmut führt.
- „Gläserne Decken“ in den Unternehmen hindern Frauen daran, eine Karriere entsprechend ihres Könnens anzustreben. Deshalb sind die Forderungen nach den 40 Prozent Geschlechterquoten für Führungspositionen so bedeutsam.
- Frauen erhalten trotz gleichwertiger Arbeit bis zu 23 Prozent weniger Geld - gerade in den von Frauen präferierten Sozial- und Gesundheitsberufen.

Ohne Gleichstellung kein Fortschritt - das gilt auch heute noch! Über 200 SPD-PolitikerInnen bundesweit nahmen Anfang der Woche an den SPD-Praxistagen „Gesundheit für alle“ teil und besuchten Krankenhäuser, Pflege- und Behinderteneinrichtungen, und Arzt-Praxen. Ich selbst habe viel gelernt und erfahren. Sie können es im Newsletter nachlesen.

Ich lade Sie ein, mir auch Ihre Erfahrungen und Vorschläge zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen im Gesundheits- und Pflegebereich mitzuteilen.

Viel Spaß beim Lesen!

Mechthild Rawert



1)

Inhalt:

■ Gleichstellungspolitik	
100 Jahre Internationaler Frauentag	2
■ Gesundheitspolitik: Praxistage	
Unsere Gesundheit braucht Solidarität	2
Praxistag im Sozialpädiatrischen Zentrum Weißensee	3
Workshop Gender-Medizin	4
■ Atomausstieg	
Klage gegen AKW Laufzeitverlängerung	5
■ Arbeitsmarktpolitik	
Arbeitnehmerfreizügigkeit regeln	7
■ Terminhinweise/Einladungen	8
■ Impressum	8

¹⁾Der QR-Code beinhaltet den Link auf unsere Homepage. Er ist zu lesen mit einem Smartphone, das über eine entsprechende App verfügt. Ein Reader ist z.B. zu finden unter: <http://reader.kaywa.com/getit>

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gleichstellungspolitik

100 Jahre Internationaler Frauentag

„Insbesondere Geld, gesellschaftliche Akzeptanz, Ungebundenheit und Macht sind auch heute noch so ungleich verteilt, dass wir schlechterdings nicht behaupten können, Frauen rivalisierten unter gleichen Bedingungen.“

(Christine Bergmann, deutsche Politikerin)

Der Internationaler Frauentag feiert am 08. März 2011 seinen 100. Geburtstag - und wir feiern alle mit. Die deutsche Sozialdemokratin Clara Zetkin, eine der bekanntesten Kämpferinnen der Arbeiterbewegung und Aktivistin für Frauenrechte, regte bei der internationalen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen an, in Europa dem Beispiel amerikanischer Frauen zu folgen, und eine Frauentag zu organisieren, um für Frauenrechte zu kämpfen. Ihre Initiative wurde Wirklichkeit und am 19. März 1911 gingen in Deutschland, Österreich-Ungarn, in der Schweiz und in Dänemark Millionen von Frauen auf die Straßen, u.a. um für heute Selbstverständliches zu kämpfen: das Frauenwahlrecht. Die SPD setzte dieses 1919 durch, Marie Juchacz wurde die erste Parlamentsrednerin.

„Her mit dem ganzen Leben Brot und Rosen“

„Brot und Rosen“ stammt aus einem Gedicht von James Oppenheim, war 1912 dann die Streik-Parole von mehr als 20.000 amerikanischen Textilarbeiterinnen und ist seitdem ein Lied der Internationalen Frauen- und Gewerkschaftsbewegung. Auf diese Tradition ist zurückzuführen, dass viele PolitikerInnen - auch ich - am 08. März Rosen verteilen.

Unter sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen fand in den letzten Jahrzehnten ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel statt, der eine aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik beförderte. Vieles wurde erreicht, u.a. in der Familienpolitik: die Ersetzung des Schuldprinzips durch das Zerrüttungsprinzip im Scheidungsfall, die Einführung der Straffreiheit beim Schwangerschaftsabbruch, die Förderung von Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersstufen, die Einführung von Frauenförderplänen und des Gender Mainstreaming-Prinzips, durch das Bundesgleichstellungs- und das Gewaltschutzgesetz, das Teilzeit- und Befristungsgesetz und die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungszeiten sowie die rechtliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, die

Einführung des Elterngeldes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes,

Das „ganze Leben“ wollen Frauen auch heute. Vieles ist noch zu tun, Sozialdemokratinnen packen es an:

- Unerträglich die Lohndiskrepanz von bis zu 23 Prozent zwischen Frauen und Männern bei gleich(wertiger) Arbeit. Wir wollen ein Gesetz zur Entgeltgleichheit, wollen „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“.
- Wir wollen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft auf den Weg zu bringen. Freiwillige Selbstverpflichtungen bringen nichts, die Wirtschaft hatte 10 Jahre lang ihre Chance. Wir fordern eine 40-Prozent-Beteiligung von Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen. Nachgewiesen ist, dass Unternehmen mit Frauen an der Spitze stabiler und erfolgreicher sind.
- Wir wollen die „Gute Arbeit“ in den zumeist von Frauen ausgeübten Sozial- und Gesundheitsberufen stärken und für bessere Bezahlung und eine höhere Wertschätzung sorgen.
- Wir wollen den Niedriglohnsektor eindämmen, Minijobs abbauen und dafür Sorge tragen, dass alle auch die 70 % Frauen in diesem Sektor, einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachgehen können und die Altersarmut nicht fürchten müssen.



Brot und Rosen (Liedtext)

*Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag
Durch all die dunklen Küchen, und wo grau ein Werkshof lag,
beginnt plötzlich die Sonne uns're arme Welt zu kosen,
und jeder hört uns singen Brot und Rosen!
Wenn wir zusammen gehen, kämpfen wir auch für den Mann,
weil ohne Mutter kein Mensch auf die Erde kommen kann
Und wenn ein Leben mehr ist als nur Arbeit,
Schweiß und Bauch,
wollen wir mehr. Gebt uns das Brot, doch gebt die Rosen auch.
Wenn wir zusammen gehen, gehen uns're Toten mit
Ihr unerhörter Schrei nach Brot schreit auch durch unser Lied.
Sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst, erschöpft nie Ruh.
Drum kämpfen wir ums Brot und wollen die Rosen dazu.
Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein bess'rer Tag.
Die Frauen die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.
Zu Ende sei dass kleine Leute schufteten für die Großen.
Her mit dem ganzen Leben Brot und Rosen!*

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

■ Gesundheitspolitik

„Unsere Gesundheit braucht Solidarität“. Bericht von der Fraktion-Vor-Ort Veranstaltung

Am Abend des 2. März 2011 fand im Gründersaal des Auguste-Viktoria Krankenhauses, in Berlin-Schöneberg die Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Unsere Gesundheit braucht Solidarität - Mit der Bürgerversicherung zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle“ statt. Diese bildete den Abschluss der bundesweiten „SPD-Praxistage - Gesundheit und Pflege für alle“ für die teilnehmenden Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten. Zu den über 100 Gästen gehörten Vertreter und Vertreterinnen gesetzlicher und privater Krankenkassen, von Medizinprodukteunternehmen, von Krankenhäusern, von Selbsthilfegruppen und Verbänden sowie von Altenhilfe- und Pflegeeinrichtungen. Auch Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen und Gewerkschaftsmitglieder, aber auch viele Interessierte und SPD-Mitglieder waren dabei. Der DGB war mit einem eigenen Infostand vertreten. Diese Vielfalt macht deutlich, wie breit die Interessenslagen im Gesundheits- und Pflegewesen gestreut sind.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von mir mit dem

für die SPD tragenden Grundsatz, dass Gesundheit ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht ist. In einer kurzen Einführung umriss sie die Vielfältigkeit des Themas und auch die wirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitssektors in Deutschland. So gab es 2008 im Gesundheitssystem einen Gesamtumsatz von 263,2 Milliarden Euro, von denen 151,5 Mrd. Euro auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und 24,9 Mrd. Euro auf die private (PKV) entfielen. Rund fünf Millionen Beschäftigte sind im Gesundheitswesen tätig.

Bundestagsabgeordnete in der Gesundheitspraxis

Das Podium wurde eröffnet mit der Schilderung der Eindrücke von den Besuchen der Politikerinnen und Politiker in den verschiedenen Einrichtungen.

Petra Merkel, MdB aus Charlottenburg und Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, verbrachte einen Tag im Geburtshaus Charlottenburg. **Dr. Eva Högl**, MdB aus Mitte und Mitglied im Europa- und Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, beschrieb ihre Erfahrungen im Altenpflegeheim „Barbara von Renthe-Fink-Haus Berlin“. Seine Eindrücke aus dem Vivantes-Klinikum Am Urban in Kreuzberg erläuterte **Björn Böhning**, Mitglied des SPD Parteivorstandes und Sprecher der Demokratischen Linken DL 21. Dort absolvierte er einen Tag in der Notaufnahme und Neurologie. **Dr. Wolfgang Thierse**, MdB aus Pankow, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Mitglied des Ältestenrates und Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien, hatte das ihm noch aus DDR-Zeiten bekannte St. Elisabeth-Stift besucht. Erfreulich die Veränderungen, die in den Jahren erfolgt sind. Abschließend habe ich selbst aus meinen Besuchen im Auguste-Viktoria-Klinikum, im Wenkebach-Klinikum und im St. Josefs-Krankenhaus berichtet.



In allen drei besuchten Krankenhäusern wurde die Sorge um den fehlenden Nachwuchs, zu verbesserte Arbeitsbedingungen bis hin zum Wunsch einer stärkeren öffentlichen Kontrolle der Arbeitszeiten, bessere Bezahlung aber auch der Wunsch nach einer höheren gesellschaftlichen

Wertschätzung der Pflegeberufe zum Ausdruck gebracht. Um tatsächlich allen Menschen den gleichen Zugang zum Gesundheitswesen, zum medizinisch-technischen Fortschritt zu ermöglichen, bedürfe es noch mehr Barrierefreiheit. Dazu braucht es ein strukturell offeneres, ein inklusiveres Gesundheits- und Pflegewesen: Dieses hat zum einen mein Besuch des Sozialpädiatrischen Zentrum Weißensee (SPZ) gezeigt. Interessant war auch der Besuch in einer Hausärztlichen Praxis in Schöneberg-Nord, in der viele Menschen mit Migrationserfahrung gesundheitliche Hilfe suchen. Die Forderung nach Kenntnis der Muttersprache der Patientinnen und Patienten, von Kultur und Religion, von sozialen Lebenslagen für den Behandlungsprozess und ganzheitlichen Heilungserfolg mündete in der Forderung

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

nach einem „kulturspezifischen Medizinischem Versorgungszentrum (MVZ). Auch der Besuch des Workshops „Gender-Medizin“ in der Charité offenbarte, dass die Kenntnis der Geschlechts- und Genderspezifika in den medizinischen Fachbereichen zu einer individuelleren Medizin beiträgt. Chancengleichheit muss auch im Gesundheitswesen gelten.

Gesundheit aus Sicht der ExpertInnen

Fachkräfte aus den besuchten Organisationen bewerteten die SPD-Praxistage positiv und richteten weitere Forderungen an die Gesundheitspolitik:

Michael Ertel, Mediziner bei der Spastikerhilfe Berlin eG, kritisierte, dass Behandlungspfade häufig abgebrochen würden, da in einem SPZ nur Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr behandelt werden dürften. Das lasse junge Erwachsene mit mehrfacher oder schwerer Behinderung von einem Moment auf den anderen auf sich allein gestellt sein. Nach dem Vorbild des SPZ sollte es solche Einrichtungen auch für Erwachsene geben.

Sylvia Krell vom „Barbara von Renthe-Fink-Haus Berlin“ schloss sich den Diskussionspunkten von Wolfgang Thierse an und kritisierte eine Pflege, die die Arbeit der professionell Pflegenden allein auf medizinische Pflege reduziere und die notwendige persönliche Zuwendung, die ebenfalls wesentlich zur Lebensqualität der BewohnerInnen beitrage, nicht bzw. zu wenig berücksichtige. Sie begrüßte zwar externe Kontrollen der Pflegeeinrichtungen, stellte aber die Prioritäten der Prüfung in Frage, die sich vor allem auf bürokratische Normen festlege und die Meinung der Bewohnerinnen und Bewohner selbst ignorierte.

Frank Asmus, Krankenpfleger und Mitglied des AVK-Betriebsrats, beanstandete die nicht bedürfnisorientierte Finanzplanung im Gesundheitswesen, die nicht genug Personal und somit auch nicht genug Zeit für die Patientinnen und Patienten im Krankenhaus zur Folge habe. Häufig sei es daher nicht möglich, eine ausreichende Empathie für die speziellen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten aufzubringen. Zu wenig Zeit bleibe auch für das Entlassungsmanagement und die Vorbereitung der Nachsorge.

Was fehlt an Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen und in der Pflege?

Eine entwickelte sich eine rege Diskussion mit vielfältigen Kritikpunkten und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern:

So wurde ein differenzierterer Pflegebegriff eingefordert, der Pflegebedürftigkeit nicht mit Alter gleichsetzt, weil damit junge pflegebedürftige Menschen aus dem Raster fallen und „falsch“ versorgt werden. Eine Neuausrichtung an den individuellen Bedürfnisse und Lebenslagen sei notwendig. Auch auf Menschen am Rande der Gesellschaft wurde hingewiesen: Menschen „sans papier“ seien häufig nicht versichert und leiden unter der mangelnden gesundheitlichen Versorgung oder unzureichender Medikation, so dass sich Krankheiten häufig chronifizieren. Auch für HIV/Aids-Erkrankte müsse mehr getan werden, u.a. eine Flexibilisierung der Erwerbsunfähigkeitsbescheinigungen. Kritisiert wurde auch die unzureichende psychologische und praktische Vorbereitung von Zivildienstleistenden und Freiwilligen auf ihren Pflegeeinsatz sowie die große Unsicherheit, die die Aussetzung der Wehrpflicht auslöse.

Mehrere der Anwesenden beklagten ebenfalls das Wegrationalisieren von Arbeitsstellen und den Nachwuchsmangel in der Pflege. Weitere Themen:

- Fehlendes Präventionsgesetzes,
- Ausbau zivilgesellschaftlichen Engagements im Bereich von Gesundheit und Pflege notwendig
- Forderung nach einer Neudefinition von Wohlstand und Lebensqualität – über die Steigerung des Bruttosozialproduktes hinaus
- Kritik am Abbau des schulärztlichen Dienstes und des öffentlichen Gesundheitsdienstes
- Höhe und Funktion der Beitragsbemessungsgrenze für gesetzlich Versicherte
- zu kostspielige Medikation in Deutschland
- fehlendes Kostenbewusstsein von GKV-PatientInnen bei der medizinischen Versorgung
- die Kritik an der Kritik der PKV.

Von der SPD werden breitere Grundsatzdebatten z.B. zur Ethik im Gesundheitswesen verlangt und die stärkere Forcierung bei neuen sektorübergreifenden und interdisziplinären Kooperationsformen verlangt. Die Erfahrungen der „SPD-Praxistage“ werden in die parlamentarische Arbeit einfließen.

Solidarische Bürgerversicherung

Björn Böhning stellte die Grundprinzipien der solidarischen Bürgerversicherung vor. Grundgedanke bleibe, dass alle abhängig von ihrem Einkommen einzahlen, hier sollen alle Einkommensarten berücksichtigt werden, und außerdem die paritätische Finanzierung von



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wieder hergestellt wird. Die sozialdemokratische Vorstellung einer solidarischen Bürgerversicherung wird im Rahmen einer eigenen Veranstaltung im Sommer 2011 ausführlicher präsentiert.

Praxistag im Sozialpädiatrischem Zentrum Weißensee

Im Rahmen der bundesweiten „Praxistage“ der SPD vom 28.02.-02.03.2011 habe ich das Sozialpädiatrische Zentrum (SPZ) Weißensee besucht. Dort werden Säuglinge, Kinder und Jugendliche mit Auffälligkeiten, Störungen oder Behinderungen in allen Bereichen der Entwicklung (Bewegung, Sprache, Wahrnehmung, Lernen, Emotionalität und Verhalten) behandelt und gefördert. Die umfassende Diagnostik, Therapie und Beratung wird auf der Grundlage des SGB V, §119 finanziert. Sie ist gedacht für Kinder und Jugendliche, die wegen der Schwere der Erkrankungen nicht von den ambulant tätigen Haus- und FachärztInnen behandelt werden können. Von den fast 450 hier behandelten Kinder und Jugendlichen, vor allem 2-6-jährige und Jugendliche bis 15 Jahre, leben bis auf zehn alle in ihren Familien.



Frau Dr. Gutenschwager, Kinder- und Jugendärztin, leitet das Zentrum. Es wird von der Spastikerhilfe Berlin eG getragen. Hier arbeiten neben ÄrztInnen auch ein Psychologe, Heilpädagoginnen, Ergo-, Logo-, Physiotherapeutinnen, eine Musiktherapeutin, Sozialarbeiterin und Arzthelferinnen.

Ich habe viel über die besondere Vernetzung der 15 Berliner Sozialpädiatrischen Zentren mit der ambulanten/mobilen Frühförderung des Landes Berlin und der Kinder- und Jugendambulanzen (KJA) erfahren. Die Berliner „SPZ/KJA“ sind angegliedert an Kliniken oder befinden sich in freier Trägerschaft. Sie bieten gleichzeitig medizinisch-therapeutische (SPZ) wie pädagogische Kompetenzen (KJA), die auch mobil in Kitas, Schulen, etc. zur Anwendung kommen.

Probleme sieht Frau Dr. Gutenschwager auf sehr unterschiedlichen Ebenen, u.a.:

- Die 2002 von der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialpädiatrischer Zentren (BAG SPZ) im „Altöttinger Papier“ aufgestellten Grundlagen und Zielvorgaben für eine qualitätsgesicherte Arbeit der Sozialpädiatrischen Zentren in Deutschland seien immer schwerer zu erfüllen.

- Es gebe sowohl im medizinischen als auch im psychologischen Bereich zu wenig Nachwuchs: Im medizinischen Bereich fehle es an entsprechenden Kapazitäten in der Ausbildung und in den Fort- und Weiterbildungen. Außerdem sei die Bezahlung dieser Tätigkeit nicht „üppig“ und daher für viele Ärztinnen und Ärzte nicht attraktiv. Problematisch seien auch Umstellungen der Studienordnung für das Studienfach Psychologie.
- Circa ein Viertel der Kinder seien „Opfer der sozialen Verhältnisse“, in denen sie mit ihren Eltern leben. Häufig seien die Eltern mit der Erziehung völlig überfordert, so dass die Kinder zu „Symptomträgern“ dieser Situation werden. Erschreckend viele Menschen in Berlin (Ost) leben ohne feste Tagesstruktur und hätten „ihren Platz verloren“.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begrüßen ausdrücklich die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention, die unter anderem inklusive Kitas und Schulen sowie ein inklusives Gesundheitswesen fordert. Dennoch wünscht man sich neben einer besseren Regelversorgung in „normalen“ Praxen eine Weiterentwicklung der SPZ auch für erwachsene Behinderte. Die Vorteile eines solchen spezialisierten Fachzentrums seien u.a.:

- Ausreichende Zeit für das Fachpersonal, die in einem alltäglichen Praxisalltag nicht gegeben sei.
- Aufgrund des vorhandenen Fachwissens könnten teilweise genauere Indikationen erstellt und individuell passendere Heil- und Hilfsmittel verschrieben werden: Fachwissen spart Kosten.
- Um eine „Ghettoisierung“ zu vermeiden, könnten SPZ mit ihrer speziellen Schwerpunktsetzung „nach außen offen“ im Rahmen einer wohnortnahen Versorgung agieren.

Der Eindruck, den ich aus dem SPZ Weißensee mitnehme, ist ein durchweg positiver. Ich bin sehr beeindruckt von der guten und engagierten Arbeit, die dort geleistet wird. Zugleich sind mir viele Probleme der praktischen Arbeit vor Ort deutlich geworden, die sich aus unzureichenden Finanzierungen, aus gesetzlichen Vorgaben zur Struktur der Arbeit oder aus den Ausbildungswegen selbst ergeben. Hier gibt es Verbesserungsbedarf für Behinderte, Angehörige und Beschäftigte. Ich werde versuchen, meine Erfahrungen und Eindrücke in meine weitere Arbeit in der Gesundheits- und Behindertenpolitik einzubringen.

Workshop Gender-Medizin

Eine gleich gute Medizin für alle, die nicht nur die biologische Individualität der PatientInnen sondern auch deren soziales Umfeld einbezieht, strebt auch die vergleichsweise

■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

junge Fachdisziplin Gender-Medizin an. Im Rahmen meiner Gesundheits-Praxistage habe ich deshalb auch am Workshop „Gendermedizin und Öffentlichkeit“ am 02. März im Deutschen Herzzentrum Berlin, Charité-Campus Virchow-Klinikum teilgenommen.

In der Forschung und der medizinischen Praxis werden zunehmend mehr geschlechts- und altersspezifische Erkenntnisse gewonnen, die zum Vorteil der PatientInnen und VerbraucherInnen genutzt werden können. Diese Botschaft vertreten zahlreiche in- und ausländische Expertinnen und Experten. Auch die Politik brachte sich ein: Dagmar Roth-Behrendt, SPD-Europaabgeordnete und Expertin für Gesundheits- und Verbraucherschutz, referierte zu Thema „VerbraucherInneninteressen und Gender-Medizin“ in Europa.

Folgende, für die Versorgung relevante Erkenntnisse, finden in der Praxis noch zu wenig Beachtung:

Gender und Pharmakologie:

Die vorliegenden geschlechterdifferenzierenden Erkenntnisse werden noch unzureichend umgesetzt, z.B. als Mitteilungen auf Beipackzetteln, als Baustein in der Ausbildung oder in der Zusammenarbeit der Heilberufe.

Zu lange Umsetzungsdauer:

Durchschnittlich 10 Jahre dauert es, bis neue Erkenntnisse der evidenzbasierten Medizin im klinischen Alltag umgesetzt werden. Als Beispiele wurden dazu Medikamenten-übersversorgung und Unverträglichkeiten genannt. Mit der sogenannten Priscus-Liste könne Abhilfe geschaffen werden. Die sei aber in der medizinischen Praxis oder z.B. in Pflegeeinrichtungen kaum bekannt. Über gesetzliche Regelungen zu Qualitätskriterien muss dieses Wissen durchgesetzt werden. Ein weiteres Beispiel war die Erkenntnis, dass Männer signifikant mehr Bakterien in ein Krankenhaus bringen als Frauen. Darauf müsste die Krankenhaushygiene und die Behandlung der MRSA-Infektionen Rücksicht nehmen.

Positivliste oder indikationenbezogene Liste:

Uneinigkeit besteht darüber, ob angesichts von ca. 70.000 auf dem Markt befindlichen Medikamenten eine Positivliste oder aber eine auf Indikationen bezogene qualitätsgesicherte Liste sowohl für die Verschreibungspraxis als auch im Sinne der PatientInneninformation hilfreicher sei. Beide Formen müssten dann aber Qualitätskriterien der Gendermedizin aufnehmen.

Gendermedizin und Politik:

Mehrere Referate in den Bundesministerien für Bildung und Forschung und für Gesundheit sind für den Austausch zwischen medizinischer Forschung, Praxis sowie Politik zuständig. Sie suchen auch den Kontakt zu den Verbänden. Kontakte zu Parlamentarierinnen und Parlamentariern

seien allerdings selten. Unverständnis herrschte über die Einstellung des Pilotprojekts "Gender Medizin" durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Dieses einzigartige Projekt könnte z.B. mit einer öffentlich zugänglichen Datenbank viel zur Bekanntmachung und Verbreitung aktueller Kenntnisse der Geschlechts- und Genderspezifika beitragen.

Gender und Kardiologie:

In der kardiologischen Praxis wird beobachtet, dass Frauen später als Männer entsprechende Fachpraxen aufsuchen und die Symptome von Beschwerden auch anders beschreiben. Dieses könne zu einer risikoreichen verspäteten Diagnostik z.B. eines Herzinfarktes führen.

Gender und Zahnmedizin:

Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern deutet darauf hin, dass Frauen früher und in der Altersgruppe 65-74 Jahre häufiger Karies haben als Männer. Untersucht wird derzeit auch ein Zusammenhang zwischen dem Zahnzustand und Bluthochdruck.

Gender Mainstreaming in Krankenhäusern:

Bestandsaufnahmen und Analysen nach Geschlecht und Alter sei unerlässlich für die Verbesserung der Personal- und Arbeitssituation in den Krankenhäusern. Auch beim Beschwerdemanagement gebe es geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen hätten ein wachsameres Auge auf die Kompetenz der Mediziner und Medizinerinnen und der Gesundheitsfachkräfte; sie achten auf „persönliche Wärme“ und legen mehr Wert auf die Sauberkeit und Hygiene. Häufiger kritisieren Frauen, dass die häusliche Versorgung nach einem Klinikaufenthalt für sie schlechter vorbereitet wird als für Männer.

Gender und Schmerz:

Zum Thema Schmerz gibt es noch sehr wenige genderspezifische Daten. Dem soll im MVZ Schmerzzentrum Berlin mit einer einmaligen Promotionoffensive in der Versorgungsforschung und Versorgungsgestaltung begegnet werden. Aufeinander abgestimmt untersuchen im „Berliner Modell“ mehr als 10 Doktorandinnen und Doktoranden nationale und internationale Leitlinien für die Behandlung chronischer Schmerzpatienten und -patientinnen, um daraus Behandlungspfade für die Therapie zu entwickeln, die individuell am schnellsten zum Erfolg führt. Schon heute ist bekannt, dass Frauen sehr viel häufiger unter Migräne leiden. Daneben müssten auch Zusammenhänge mit dem sozialen Umfeld und Einkommen berücksichtigt werden.

Die genannten Punkte zeigen, dass es hier für die Institutionen im Gesundheitswesen, aber auch für die Politik noch viel zu tun gibt, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten weiter zu verbessern.



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

■ Atomausstieg

Klage gegen AKW-Laufzeitverlängerung

214 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen – das sind mehr als ein Drittel aller Mitglieder des Deutschen Bundestages – reichen einen Antrag auf Normenkontrolle gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke (AKW) beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein.



Unsere gemeinsame Klage richtet sich zum einen dagegen, dass die Bundesregierung die für die Laufzeitverlängerung notwendige Änderung des Atomgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates verabschiedet hat. Denn durch die verlängerten Laufzeiten werden auch die Aufgaben in den Ländern erweitert und sie verändern sich auch durch notwendige Nachrüstungen der AKW. Zum anderen richtet sich die Klage gegen die Verletzung der Schutzpflicht gegenüber Leben und Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern.

Durch die Laufzeitverlängerung wird vor allem für die alten Atommeiler die bestmögliche Schadensvorsorge nicht mehr gewährleistet und wurden außerdem Sicherheitsstandards gesenkt. Unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier ist davon überzeugt, dass „die Entscheidung, die Laufzeiten von Atomkraftwerken zu verlängern, aus unserer Sicht keinen Bestand haben wird.“ In den nächsten Tagen wird die Klageschrift eingereicht.

Neben uns Bundestagsabgeordneten klagen auch fünf SPD-regierte Bundesländer in Karlsruhe; ihre Klage liegt bereits vor. Eine weitere Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wird noch von Greenpeace erfolgen.

■ Arbeitsmarktpolitik

Arbeitnehmerfreizügigkeit regeln

Die Arbeitsgruppe für Arbeitnehmerfragen AfA der SPD Tempelhof-Schöneberg hat sich auf Einladung ihres Vorsitzenden, Volker Prasuhn in einer Diskussionsveranstaltung mit Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsrätinnen und Betriebsräten mit dem Thema „Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 01. Mai 2011“ befasst. Neben Frank Zimmermann, MdB war es mein Beitrag als Bundestagsabgeordnete des Bezirks, zum Stand der Änderungspläne der Regierung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu referieren.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in ganz Europa ist ein positiver Grundsatz, für den die SPD aktiv eintritt. Eine der fundamentalen Freiheiten der europäischen Union wird

nun für weitere acht europäischer Staaten voll wirksam: Die Freiheit, in jedem Land der Union mit den gleichen Rechten und Pflichten leben und arbeiten zu können.

Trotzdem haben wir 2004 und 2007 Einschränkungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern eingeführt, um uns hier in Deutschland den Übergang ins geeinte Europa zu erleichtern. Lohndumping durch eine Zuwanderung aus mittel- und osteuropäischen Ländern wäre eine ernste Gefahr für den sozialen Frieden und würde die schon jetzt zu beobachtende Ausweitung des Niedriglohnssektors befördern. Die lange Übergangsfrist sollte die rechtlichen Voraussetzungen ermöglichen, damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht dazu führt. Zwar glaube ich gar nicht an so viele Neuankommende, wenn ich mir z.B. den Bereich der Pflege anschau, dennoch sind klare und gute Regelungen wichtig und unser Ziel.

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn und wir brauchen Regelungen für die Leiharbeit. Und diese Regelungen brauchen wir jetzt, vor dem 01. Mai 2011.

Auch in der Debatte um die Neuregelung der SGB II Regelsätze war unsere Zusatzforderung Equal Pay von Leiharbeiterinnen und -nehmern und Stammebelegschaften sowie ein gesetzlicher Mindestlohn.

Dazu haben wir im Februar unseren Gesetzentwurf „Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Mindestlohnes“ eingebracht. Mit diesem wollen wir eine Verpflichtung zur Zahlung eines Mindestlohnes für alle Branchen gesetzlich festlegen.

Diese Forderung ist auch unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten bedeutsam: Vor allem Frauen arbeiten für Billiglöhne und im Dienstleistungssektor. Es werden immer noch existenzsichernde Arbeitsplätze abgebaut. In der öffentlichen Diskussion der letzten Monate war viel vom Fachkräftemangel in der Pflege die Rede – ein fast komplett weiblicher Arbeitsbereich. Die Forderung nach mehr Zuwanderung zum Ausgleich dieses Mangels kam häufig von Verbänden und Zeitarbeitsfirmen. Diese befürchten einen höheren Preisdruck wenn Arbeitskräfte knapper



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

werden und (weibliche) Arbeitskraft in diesem Sektor damit wertvoller.

Zuwanderung zu fördern, finde ich gut. Sie zu fördern, um Niedriglöhne hier länger erhalten zu können, darf damit aber nicht unterstützt werden. Einzige Strategie gegen solch ein Verfahren ist ein allgemein gültiger Mindestlohn in Kombination mit besseren Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich.

Dafür setze ich mich ein.

■ Terminhinweise

08. März: Internationaler Frauentag

- **8.00 Uhr Verteilaktion mit der SPD Friedenau**
U-Bhf. Friedrich-Wilhelm-Platz
- **9.30-10.30 Uhr Verteilaktion im Seniorenzentrum Ullsteinstraße**
Ullsteinstraße 159
- **11.00-12.00 Uhr Verteilaktion in der Tagespflege Friedenau**
Cheruserstraße 28/29
- **13.30-15.00 Uhr Verteilaktion im Seniorenheim Rosenhof**
Kruckenbergstraße 1
- **16.00-17.00 Uhr Aktion Tempelhof-Schöneberger Frauenmärz**
Rathaus Schöneberg
- **17.15-18.00 Uhr Verteilaktion mit der ASF Tempelhof Schöneberg**
Tempelhofer Damm vor Karstadt
- **18.30-20.00 Uhr Verteilaktion im Tempelhofer Hafen**
Tempelhofer Damm, Einkaufszentrum

25. März: 10:00 - 12:00 Uhr

- **Equal Pay Day**
Veranstalter: Deutscher Frauenrat
Brandenburger Tor
www.equalpayday.de

25. März: 12:00 - 14:00 Uhr

- **Equal Pay Day**
Veranstaltung von BPW, VDU und DAB
Alexanderplatz
www.equalpayday.de

26. März: 10:00 - 12:00 Uhr

- **SPD-Aktionen zur Gesundheitspolitik**
Informationsstand
Lichtenrade (Abt. 2)

Einladungen zu Veranstaltungen:

13. April: 18:30 – 20:30 Uhr

- **Fraktion vor Ort „Pflege: Zukunftsorientierte Ausbildung – attraktives Berufsfeld“**

Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir bitten um ANMELDUNG über die Homepage oder per Mail an: mechthild.rawert@bundestag.de

Pestalozzi-Fröbel-Haus (Aula), Karl-Schrader-Straße 7-8,
10781 Berlin

Im Wahlkreis für Sie unterwegs:

08. März: 16:00 - 18:00 Uhr

- **Internationaler Frauentag in Tempelhof-Schöneberg**
Vor dem Rathaus Schöneberg

29. März: 19:30 – 22:00 Uhr

- **Forum-Gesundheit: Gesundheit für Mädchen & Frauen mit Behinderung**
Veranstaltung im Rahmen des Frauenmärz 2011 in Tempelhof und Schöneberg.
Info-Cafe im KoKuMa Stadtteilzentrum
Rathausstr. 28, 12105 Berlin

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.

 www.mechthild-rawert.de

 www.facebook.com/mechthild.rawert

 www.flickr.com/photos/mechthild-rawert

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

